

Allgemeine Einkaufsbedingungen

Stand: Juni 2018

1 Geltung

1.1 Unsere Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AGB) gelten ausschließlich gegenüber Unternehmern im Sinne von § 14 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), das heißt natürlichen oder juristischen Personen, welche die Ware oder Leistung zur gewerblichen oder beruflichen Zweck veräußern.

1.2 Abweichende Bedingungen des Lieferanten gelten nur, wenn und soweit wir sie ausdrücklich schriftlich anerkennen. Unser Schweigen auf derartige abweichende Bedingungen gilt insbesondere nicht als Anerkennung oder Zustimmung, auch nicht bei zukünftigen Verträgen.

Unsere AGB gelten anstelle etwaiger Auftrags-, Liefer-, Leistungs- und Verkaufsbedingungen des Lieferanten auch dann, wenn nach diesen die Auftragsannahme als bedingungslose Anerkennung der Auftrags-, Liefer-, Leistungs- und Verkaufsbedingungen vorgesehen ist, oder wir nach Hinweis des Lieferanten auf die Geltung seiner Allgemeinen Auftrags-, Liefer-, Leistungs- und Verkaufsbedingungen die Ware annehmen, es sei denn, wir haben ausdrücklich auf die Geltung unserer AGB verzichtet. Der Ausschluss der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Lieferanten gilt auch dann, wenn die Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu einzelnen Regelungspunkten keine gesonderte Regelung enthalten. Der Lieferant erkennt durch die Annahme unserer Bestellung ausdrücklich an, dass er auf seinen aus den Auftrags-, Liefer-, Leistungs- und Verkaufsbedingungen abgeleiteten Rechtseinwand verzichtet.

1.3 Unsere AGB gelten auch für alle zukünftigen Geschäfte zwischen uns und dem Lieferanten.

2 Angebot und Angebotsunterlagen

2.1 Der Lieferant ist verpflichtet, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 2 Wochen anzunehmen.

2.2 An Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor; sie dürfen Dritten ohne unsere ausdrückliche schriftliche Zustimmung nicht zugänglich gemacht werden. Sie sind ausschließlich für die Fertigung auf Grund unserer Bestellung zu verwenden; nach Abwicklung der Bestellung sind sie uns unaufgefordert zurückzugeben. Dritten gegenüber sind sie geheim zu halten, insoweit gilt ergänzend die Regelung von Ziff. 9.5.

3 Preise und Zahlungsbedingungen

3.1 Der in der Bestellung ausgewiesene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich frei Haus und grundsätzlich in Euro netto einschließlich See- oder Lufttransportverpackung, Fracht, Porto und, soweit eine Transportversicherung vereinbart wurde, Versicherungskosten sowie

Umsatzsteuer (soweit gesetzlich anfallend) in der jeweils gesetzlich vorgeschriebenen Höhe, einschließlich etwaiger länderspezifischer Abgaben bei Lieferung in andere Länder als die Bundesrepublik Deutschland, sowie einschließlich Zoll und anderer Gebühren und öffentlicher Abgaben für die Lieferung/Leistung.

- 3.2 Bei vereinbarter Überweisung gilt als der Tag der Zahlung das Datum des Geldeinganges beim Lieferanten oder der Gutschrift auf dessen Konto bzw. auf dem Konto der von ihm spezifizierten Zahlstelle. Bei vereinbarter Scheckübergabe/ -absendung gilt als der Tag der Zahlung das Datum der Übergabe oder Absendung.
- 3.3 Rechnungen können wir nur bearbeiten, wenn diese – entsprechend den Vorgaben in unserer Bestellung – die dort ausgewiesene Bestellnummer angeben; für alle wegen Nichteinhaltung dieser Verpflichtung entstehenden Folgen ist der Lieferant verantwortlich, soweit er nicht nachweist, dass er diese nicht zu vertreten hat.
- 3.4 Wir bezahlen, sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, den Kaufpreis innerhalb von 14 Tagen, gerechnet ab Lieferung und Rechnungserhalt, mit 3% Skonto oder innerhalb von 30 Tagen nach Rechnungserhalt netto.
- 3.5 Der Lieferant ist berechtigt, die Vergütung einseitig im Falle der Erhöhung von Materialherstellungs- und/oder Material- und/oder Produktionsbeschaffungskosten, Lohn- und Lohnnebenkosten, Sozialabgaben sowie Energiekosten und Kosten durch Umweltauflagen, und/oder Währungsschwankungen und/oder Zolländerung, und/oder Frachtsätze und/oder öffentliche Abgaben entsprechend zu erhöhen, wenn diese die Warenherstellungs- oder Beschaffungskosten oder Kosten unserer vertraglich vereinbarten Leistungen unmittelbar oder mittelbar beeinflussen und wenn zwischen Vertragsabschluss und Lieferung mehr als 4 Monate liegen. Eine Erhöhung im vorgenannten Sinne ist ausgeschlossen, soweit die Kostensteigerung bei einzelnen oder aller der vorgenannten Faktoren durch eine Kostenreduzierung bei anderen der genannten Faktoren in Bezug auf dessen Gesamtkostenbelastung für die Lieferung aufgehoben wird. Reduzieren sich vorgenannte Kostenfaktoren, ohne dass die Kostenreduzierung durch die Steigerung anderer der vorgenannten Kostenfaktoren ausgeglichen wird, ist die Kostenreduzierung im Rahmen einer Preissenkung an uns weiterzugeben.
- 3.6 Mit Eintritt des Verzuges werden Verzugszinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem bei Fälligkeit der Zahlungsforderung jeweiligen Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank berechnet. Die Geltendmachung eines darüberhinausgehenden Schadens bleibt dem Lieferanten vorbehalten.
- 3.7 Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen uns im gesetzlichen Umfang zu.

4 Lieferzeit

- 4.1 Die in der Bestellung angegebene Lieferzeit/Liefertermin ist bindend.
- 4.2 Der Lieferant ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich – und vorab mündlich – in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass

vereinbarte Liefer- oder Leistungstermine nicht eingehalten werden können. Dies gilt auch, wenn der Lieferant die Leistungsverzögerungen nicht zu vertreten hat.

- 4.3 Im Falle des Lieferverzuges stehen uns die gesetzlichen Ansprüche zu. Insbesondere sind wir berechtigt, nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Frist Schadensersatz statt der Leistung und Rücktritt zu verlangen. Verlangen wir Schadensersatz, steht dem Lieferanten das Recht zu, uns nachzuweisen, dass er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.
- 4.4 Bei früherer Lieferung oder Leistung als vereinbart, behalten wir uns vor, die Rücksendung auf Kosten des Lieferanten oder Ablehnung der Leistungsausführung vorzunehmen oder die Anlieferung abzulehnen. Erfolgt bei gleichzeitiger Lieferung keine Rücksendung, lagert die Ware bis zum Liefertermin auf Kosten und Gefahr des Lieferanten.

5 Gefahrenübergang und Dokumente

- 5.1 Soweit nichts Abweichendes schriftlich vereinbart wird, erfolgt die Lieferung delivered duty paid (DDP) Incoterms 2010.
- 5.2 Die Wahl des Transportweges und des Transportmittels bleibt bei vereinbarter Versendung mangels anderer Vereinbarung dem Lieferanten vorbehalten. Der Lieferant wird sich jedoch bemühen, hinsichtlich der Versandart und Versandweg unsere Wünsche zu berücksichtigen, ohne dass hierauf ein Anspruch unsererseits besteht. Dadurch bedingte Mehrkosten – auch bei vereinbarter Fracht-Frei-Lieferung – gehen, wie die Transport- und Versicherungskosten, zu unseren Lasten. Wird der Versand auf unseren Wunsch oder aus unserem Verschulden gegenüber dem vereinbarten Zeitpunkt verzögert, so lagert der Lieferant die Waren auf unsere Kosten und Gefahr.

6 Mängeluntersuchung und Mängeluntersuchung

- 6.1 Wir sind verpflichtet, die Ware innerhalb angemessener Frist auf etwaige Qualitäts- und Quantitätsabweichungen zu prüfen; die Rüge ist rechtzeitig, sofern sie innerhalb einer Frist von 12 Tagen, gerechnet ab Wareneingang oder bei versteckten Mängeln ab Entdeckung, beim Lieferanten eingeht.
- 6.2 Die gesetzlichen Mängelansprüche stehen uns ungekürzt zu; in jedem Fall sind wir berechtigt, vom Lieferanten nach unserer Wahl Mangelbeseitigung oder Lieferung einer neuen Sache zu verlangen. Das Recht auf Schadensersatz, insbesondere das auf Schadensersatz statt der Leistung bleibt ausdrücklich vorbehalten.
- 6.3 Wir sind berechtigt, auf Kosten des Lieferanten die Mängelbeseitigung selbst vorzunehmen, wenn der Lieferant mit der Nacherfüllung in Verzug ist.
- 6.4 Die Verjährungsfrist beträgt 36 Monate, gerechnet ab Gefahrenübergang, soweit nicht die zwingenden Bestimmungen der §§ 487, 479 BGB eingreifen.
- 6.5 Im Fall eines Verbrauchsgüterkaufs bleiben die Bestimmungen der §§ 478, 479 BGB unberührt.

7 Produkthaftung, Freistellung und Haftpflichtversicherungsschutz

- 7.1 Soweit der Lieferant für einen Produktschaden verantwortlich ist, ist er verpflichtet, uns insofern von Schadensersatzansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.
- 7.2 In Rahmen seiner eigenen Haftung für Schadensfälle im Sinne von Absatz 1 ist der Lieferant auch verpflichtet, etwaige Aufwendungen gemäß §§ 683, 670 BGB oder gemäß §§ 830, 840, 426 BGB uns zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer von uns rechtmäßig durchgeführten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang einer solchen Rückrufmaßnahme werden wir den Lieferanten – soweit möglich und zumutbar – rechtzeitig im Voraus unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben.
- 7.3 Die erforderliche Unterrichtung der jeweils zuständigen Behörde nach den Vorschriften des Deutschen Produktsicherheitsgesetzes (ProdSG) übernehmen wir in Abstimmung mit dem Lieferanten.
- 7.4 Der Lieferant verpflichtet sich, eine Produkthaftpflicht-Versicherung mit einer Deckungssumme von EUR 10.000.000,00 pro Personenschaden/Sachschaden – pauschal – zu unterhalten; stehen uns weitergehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.

8 Schutzrechte

- 8.1 Der Lieferant gewährleistet, dass im Zusammenhang mit seiner Lieferung keine Rechte Dritter innerhalb der Bundesrepublik Deutschland verletzt werden.
- 8.2 Werden wir von einem Dritten deswegen in Anspruch genommen, so ist der Lieferant verpflichtet uns auf erstes schriftliches Anfordern von diesen Ansprüchen freizustellen. Bei Schadensersatzansprüchen des Dritten bleibt dem Lieferanten der Nachweis vorbehalten, dass er die Verletzung der Rechte des Dritten nicht verschuldet hat.
- 8.3 Wir sind nicht berechtigt, mit dem Dritten – ohne Zustimmung des Lieferanten – irgendwelche Vereinbarungen zu treffen, insbesondere einen Vergleich abzuschließen.
- 8.4 Die Freistellungspflicht des Lieferanten bezieht sich auf alle Anwendungen, die uns aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten notwendigerweise erwachsen.
- 8.5 Die Verjährungsfrist beträgt 36 Monate, gerechnet ab Gefahrenübergang.

9 Eigentumsvorbehalt, Beistellung, Werkzeuge und Geheimhaltung

- 9.1 Sofern wir Teile beim Lieferanten beistellen, behalten wir uns hieran Eigentum vor („Vorbehaltsware“). Verarbeitung oder Umbildung durch den Lieferanten werden für uns vorgenommen. Wird unsere Vorbehaltsware mit anderen, uns nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwerben wir das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes unserer

Sache (Einkaufspreis zuzüglich Umsatzsteuer) zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung.

- 9.2 Wird die von uns beigestellte Sache mit anderen, uns nicht gehörenden Gegenständen untrennbar vermischt, so erwerben wir das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Vorbehaltssache (Einkaufspreis zuzüglich Umsatzsteuer) zu den anderen vermischten Gegenständen zum Zeitpunkt der Vermischung. Erfolgt die Vermischung in der Weise, dass die Sache des Lieferanten als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Lieferant uns anteilmäßig Miteigentum überträgt; der Lieferant verwahrt das Alleineigentum oder das Miteigentum für uns.
- 9.3 An Werkzeugen behalten wir uns Eigentum vor; der Lieferant ist weiter verpflichtet, die Werkzeuge ausschließlich für die Herstellung der von uns bestellten Waren einzusetzen. Der Lieferant ist verpflichtet, die uns gehörenden Werkzeuge zum Neuwert auf eigene Kosten gegen Feuer-, Wasser- und Diebstahlsschäden zu versichern. Gleichzeitig tritt der Lieferant uns jetzt schon jetzt alle Entschädigungsansprüche aus dieser Vereinbarung ab; wir nehmen die Abtretung hiermit an. Der Lieferant ist verpflichtet, an unseren Werkzeugen etwa erforderliche Wartungs- und Inspektionsarbeiten sowie alle Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten auf eigene Kosten rechtzeitig durchzuführen. Etwaige Störfälle hat er uns sofort anzuzeigen; unterlässt er dies schuldhaft, so bleiben Schadensersatzansprüche unberührt.
- 9.4 Soweit die uns gemäß Ziff. 9.1 und/oder 9.2 zustehenden Sicherungsrechte den Einkaufspreis aller unserer noch nicht bezahlten Vorbehaltswaren um mehr als 10 % übersteigt, sind wir auf Verlangen des Lieferanten zur Freigabe der Sicherungsrechte nach unserer Wahl verpflichtet.
- 9.5 Der Lieferant ist verpflichtet, alle erhaltenen Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstige Unterlagen und Informationen strikt geheim zu halten. Dritten dürfen sie nur mit unserer ausdrücklichen Zustimmung offengelegt werden. Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt auch nach Abwicklung dieses Vertrages. Sie erlischt aber, wenn und soweit das in den überlassenen Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen enthaltene Fertigungswissen allgemein bekannt geworden ist oder dem Lieferanten nachweislich schon im Zeitpunkt der Mitteilung im Sinn von Satz 1 bekannt war.

10 Erfüllungsort, Gerichtsstand und Anwendbares Recht

- 10.1 Erfüllungsort für alle vertraglichen Verpflichtungen ist mit Ausnahme des Falles der Übernahme einer Hol- und Schickschuld oder anderweitiger Vereinbarung der Sitz unserer Gesellschaft.
- 10.2 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten ist – soweit der Lieferant Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches ist – der Sitz unserer Gesellschaft. Diese Zuständigkeitsregelung der Sätze 1 und 2 gilt klarstellungshalber auch für solche Sachverhalte zwischen uns und dem Lieferanten, die zu außervertraglichen Ansprüchen im Sinne der VOO (EG) Nr. 864/2007 führen können. Wir sind auch berechtigt, den Lieferanten an seinem allgemeinen Gerichtsstand zu verklagen.

- 10.3 Für alle Rechtsbeziehungen zwischen dem Lieferanten und uns gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere unter dem Ausschluss des UN-Kaufrechtes (CISG). Es wird ausdrücklich darauf klargestellt, dass diese Rechtswahl auch als eine solche im Sinne von Art. 14 Absatz 1b) VO (EG) Nr. 864/2007 zu verstehen ist und somit auch für außervertragliche Ansprüche im Sinne dieser Verordnung gelten soll. Ist im Einzelfall zwingend ausländisches Recht anzuwenden, sind unsere AGB so auszulegen, dass der mit ihnen verfolgte wirtschaftliche Zweck weitest möglich gewahrt wird.

11 Incoterms, Schriftform und Schlussbestimmungen

- 11.1 Soweit Handelsklauseln nach den International Terms (INCOTERMS) vereinbart sind, gelten die INCOTERMS 2010.
- 11.2 Alle Vereinbarungen, Nebenabreden, Zusicherungen und Vertragsänderungen bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung der Schriftformanrede selbst. Der Vorrang der Individualabrede in schriftlicher, textlicher oder mündlicher Form (§ 305b BGB) bleibt unberührt.
- 11.3 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages aus Gründen des Rechtes der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) nach §§ 305 bis 310 BGB ganz oder teilweise unwirksam/nichtig oder nicht durchführbar sein oder werden, gelten die gesetzlichen Bedingungen.

Sollte eine gegenwärtige oder zukünftige Bestimmung des Vertrages aus anderen Gründen als den Bestimmungen betreffend das Recht der AGB nach §§ 305 bis 310 BGB ganz oder teilweise unwirksam/nichtig oder nicht durchführbar sein oder werden, so wird hiervon die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt, soweit die Durchführung des Vertrages – auch unter Berücksichtigung der nachfolgenden Regelungen – für eine Partei eine unzumutbare Härte darstellen würde. Das Gleiche gilt, wenn sich nach Abschluss der Vereinbarung eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

Entgegen einem etwaigen Grundsatz, wonach eine salvatorische Erhaltensklausel grundsätzlich lediglich die Beweislast umkehren soll, soll die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben und damit § 139 BGB insgesamt abbedungen werden.

Die Parteien werden die aus den Gründen als den Bestimmungen betreffend das Recht der AGB nach §§ 305 bis 310 BGB unwirksame/nichtige/undurchführbare Bestimmung oder ausfüllungsbedürftige Lücke durch eine wirksame Bestimmung ersetzen, die in ihrem rechtlichen und wirtschaftlichen Gehalt der unwirksamen/nichtigen/undurchführbaren Bestimmung und dem Gesamtzweck des Vertrages entspricht. § 139 BGB (Teilnichtigkeit) wird ausdrücklich ausgeschlossen. Beruht die Nichtigkeit einer Bestimmung auf einem darin festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so ist die Bestimmung mit einem dem ursprünglichen Maß am Nächsten kommenden rechtlich zulässigen Maß zu vereinbaren.

General Terms and Conditions of Purchase

Status: June 2018

1 Area of Application

1.1 Our General Terms and Conditions of Purchase (AGB) apply exclusively to companies within the terms of § 14 of the German Civil Code (BGB), meaning any natural or legal persons which sell goods or services for a commercial or professional purpose.

1.2 Any other conditions of the supplier only apply when and in as far as we expressly accept them in writing. In particular, our silence regarding deviating provisions of this type is not to be considered recognition or approval, also not for future agreements.

Our General Terms and Conditions of Purchase apply instead of any commission, delivery, service and sales conditions of the supplier even if acceptance of the order assumes the unconditioned recognition of the commission, delivery, service and sales conditions of the supplier or, following notification of the supplier regarding the validity of his general commission, delivery, service and sales conditions we accept the goods, except in cases where we explicitly waive the application of our General Terms and Conditions of Purchase. The exclusion of the General Terms and Conditions of Business of the supplier also applies when the General Terms and Conditions of Purchase do not contain any separate regulation of individual items for regulation. On accepting our order, the supplier explicitly waives any rights of objection derived from his commission, delivery, service and conditions of sale.

1.3 Our General Terms and Conditions of Purchase also apply for all future business between ourselves and the supplier.

2 Offers and Offer Documents

2.1 The supplier is obliged to accept our order within a period of 2 weeks.

2.2 We retain property rights and copyright in respect of illustrations, drawings, calculations and other documents; they must not be made accessible to third parties without our explicit, written approval. They are exclusively intended for use for production based on our order; when the order has been fulfilled, they must be returned to us without the need for a request. They must remain undisclosed to third parties, otherwise the supplementary provision explained in Item 9.5 applies.

3 Prices and Terms of Payment

3.1 The price specified in the order is binding. All prices are understood to be "free domicile" and always in net Euro, including sea or air freight transport packaging, freight, post paid and, as far as a transport insurance was agreed, insurance costs and Value Added Tax (where legally applicable) in the respective, legally prescribed amount, including any country-specific duties

on delivery in countries other than the Federal Republic of Germany, and including any customs duties and other fees and public taxes due for the delivery/service.

- 3.2 In the case of an agreed financial transfer, the day of payment is considered the date the money is received by the supplier or the credit received on his account or the account of the paying agent specified by the supplier. In the case of an agreed transfer/post of check, the day of payment is considered the date of transfer or mailing.
- 3.3 We can only process invoices when these contain the order number indicated on our order form – corresponding to the instructions in our order; the supplier is responsible for any consequences of failure to comply with this obligation where there is no proof that he is not responsible.
- 3.4 Where nothing else has been agreed in writing, we agree to pay the net purchase price within 14 days of delivery and receipt of the invoice with 3% discount or within 30 days of receipt of the invoice.
- 3.5 The supplier is authorized to increase prices unilaterally and reasonably where material procurement costs and/or production costs, wage and ancillary wage costs, social security costs as well as energy costs and costs due to environmental charges are increased, and/or in the case of currency fluctuations and/or changes of customs duties and/or freight rates and/or public dues, if these directly or indirectly affect the production or purchasing costs or costs of our agreed services and if more than four months elapses between conclusion of the contract and delivery. An increase in price under the above terms is excluded where the increase in costs of individual or all of the aforementioned factors is offset by a cost reduction of other specified factors in respect of the overall cost burden for the delivery. If the above cost factors are reduced, without the cost reduction being offset by an increase in other cost factors mentioned, the cost reduction must be transferred to us within the scope of a price reduction.
- 3.6 When a delay begins, default charges at a rate of 5 percentage points above the respective basic interest rate of the European Central Bank will be applied at the due date of the demand for payment. The supplier retains the right to assert claims for further damages.
- 3.7 We are entitled to rights of offset or retention to the extent as defined by law.

4 Delivery Times

- 4.1 The delivery time/delivery date specified in the order is binding.
- 4.2 The supplier is obliged to inform us immediately and in writing – and verbally in advance – if circumstances arise or become apparent from which it can be assumed that the work performance/delivery date cannot be realized. This also applies when the supplier is not responsible for the delay in delivery/performance.
- 4.3 In the case of delay of delivery, we are entitled to assert statutory claims. This particularly applies to our entitlement to assert claims for damages after a reasonable extension to the deadline has expired to no effect and we request withdraw instead of receiving the service. If

we demand compensation, the supplier has the right to provide evidence he is not responsible for violating any obligations.

- 4.4 If a delivery or service is provided earlier than agreed, we reserve the right to return the goods at the cost of the supplier or reject fulfillment of the work performance or reject delivery. If there is no return of goods directly on delivery, the goods must be put in storage until the scheduled delivery date at the cost and risk of the supplier.

5 Transfer of Risk and Documents

- 5.1 Where nothing else has been agreed in writing, the delivery occurs delivered duty paid (DDP) Incoterms 2010.
- 5.2 The choice of transport route and means of transport lie with the supplier in the event there is no other agreement on the agreed dispatch. The supplier must, however, make every effort to take our requirements into account with regard to the type of shipment and transport route without there being any definite demands in this respect. Any resulting extra costs – even with agreed freight free delivery – are charged to us as are the transport and insurance costs. If the dispatch is delayed at our request or for reasons for which we are responsible, the supplier must store the goods at our cost and risk.

6 Examination and Remedy of Defects

- 6.1 We are obliged to examine the goods within a reasonable period for any fluctuations in quality and quantity; complaints are deemed on time when received by the supplier within a period of 12 days, from the time of delivery of goods, or on discovery in the case of hidden defects.
- 6.2 We are entitled to the statutory claims for defects in full; we are entitled to demand rectification of a defect or delivery of a new item from the supplier at our discretion. The entitlement to compensation, particularly for compensation instead of the service/work performance, is explicitly retained.
- 6.3 We are entitled to rectify the defect ourselves, at the cost of the supplier, if the supplier experiences delays in completing the supplementary performance.
- 6.4 The statutory period of limitation is 36 months, calculated from the transfer of risk, where the mandatory provisions in §§ 487, 479 BGB (German Civil Code) do not apply.
- 6.5 In the case of a sale of consumer goods, the provisions in §§ 478, 479 BGB (German Civil Code) remain unaffected.

7 Product Liability, Indemnification and Third Party Insurance Cover

- 7.1 In cases where the supplier is responsible for product damage, he is obliged to indemnify us from claims for damages from third parties at the first request as if the cause were under his control and organization and as if he were personally liable to third parties.

- 7.2 Within the scope of his liability for claims for damages in terms of Paragraph 1, the supplier is also obliged to reimburse any expenses to us, pursuant to §§ 683, 670 BGB or pursuant to §§ 830, 840, 426 BGB (German Civil Code), which arise from or in connection with any recall action implemented by us. The supplier will be notified of the content and scope of any recall actions in good time – where possible and reasonable – and be provided with the opportunity to comment.
- 7.3 We will take responsibility for notification of the respective authorities responsible according to the regulations of the German Product Safety Act following consultation with the supplier.
- 7.4 The supplier is obliged to take out a product liability insurance with a flat-rate insurance cover of EUR 10,000,000.00 per personal injury/property damage; if we are entitled to further claims for damages, these remain unaffected.

8 Industrial Property Rights

- 8.1 The supplier guarantees that, in connection with his supplies, no rights of third parties within the Federal Republic of Germany will be violated.
- 8.2 If claims are asserted against us by a third party, the supplier is obliged to indemnify us from such claims upon our first written request. In the case of claims for damages from a third party, the supplier is obliged to provide proof that he is not responsible for violation of the rights of the third party.
- 8.3 We are not entitled to conclude any agreements with the third party, without approval from the supplier, particularly with regard to reaching a settlement.
- 8.4 The obligation to indemnification of the supplier relates to all applications which could arise from or in connection with claims made by a third party.
- 8.5 The statutory period of limitation is 36 months, beginning with the transfer of risk.

9 Retention of Title, Provision, Tools and Obligation to Nondisclosure

- 9.1 In as far as we provide parts to the supplier, we retain ownership of them ("goods subject to retention of title"). Processing or transformation is completed for us by the supplier. If our goods subject to retention of title are processed with other items which do not belong to us, we purchase a co-ownership of the new item in the ratio of the value of our item (purchase price plus value added tax) to the other processed items at the time of processing.
- 9.2 If an item provided by us is inseparably mixed with other items which do not belong to us, we purchase a co-ownership of the new item in the ratio of the value of the item subject to retention of title (purchase price plus value added tax) to the other mixed items at the time of mixing. If this mixing occurs in such a way that the item of the supplier can be seen as the main component, it is taken as agreed that the supplier transfers a proportionate co-ownership to us; the supplier retains the sole ownership or co-ownership for us.

- 9.3 We retain the right of ownership of tools; the supplier is also obliged to use the tools exclusively for the production of the goods ordered by us. The supplier is obliged to insure the tools adequately at his own cost at the original value against damage by fire, water and theft. At the same time, the supplier cedes as of now all rights to claim compensation from this agreement; we hereby accept the cessation. The supplier is obliged to complete any necessary maintenance and inspection work on our tools as well as all the service and repair work in good time and at his own cost. The supplier must inform us of any failures immediately; should he fail to do this culpably, claims for damages remain unaffected.
- 9.4 In as far as our security rights, as defined in Item 9.1 and/or 9.2, exceed the purchase price of all our as yet unpaid goods subject to retention of title by more than 10%, we are, on request by the supplier, obliged to release the security rights at our discretion.
- 9.5 The supplier is obliged to keep all illustrations, drawings, calculations and other documents and information strictly confidential. Third parties may only have access following our explicit approval. The obligation to nondisclosure continues to apply when object of this contract has been completed. It is annulled, however, when and as far as the manufacturing knowledge contained in the illustrations, drawings, calculations and other documents become general knowledge or was known to the supplier at the moment of notification in the terms of Section 1.

10 Place of Fulfillment, Place of Jurisdiction and Applicable Law

- 10.1 The place of fulfillment for all the contractual obligations is our company's head office, except in the case of assumption of an obligation to collect or obligation to send or another agreement.
- 10.2 The exclusive place of jurisdiction for all disputes is – as far as the supplier is a businessman within the terms of the German Commercial Code – our company's head office. This jurisdiction rule for Provisions 1 and 2 applies to ensure clarity in the case of issues between us and the supplier which could lead to non-contractual claims within the terms of the VOO (EC) No. 864/2007. We are also entitled to sue the supplier at his general place of jurisdiction.
- 10.3 With regard to all the legal relationships between the supplier and us, only the law of the Federal Republic of Germany applies, with the exclusion of UN purchasing law (CISG). It is explicitly stated that this choice of law can also be understood as such within the terms of Art. 14 Paragraph 1b) VO (EC) No. 864/2007 and, thus, is also valid for non-contractual claims within the terms of this directive. If, in individual cases, it is essential to apply foreign law, our General Terms and Conditions of Purchase must be interpreted so that it complies with the economic purpose intended as closely as possible.

11 Incoterms, Written Form and Final Provisions

- 11.1 Where commercial terms are agreed in accordance with the International Terms (INCOTERMS), INCOTERMS 2010 applies.

11.2 All agreements, subsidiary agreements, assurances and amendments must be submitted in writing. This also applies to any waiver of the written-form requirement. The priority of individual agreements in written, textual or verbal form (§ 305b BGB) remains unaffected.

11.3 Should any provision in this agreement become ineffective/invalid or unenforceable, in part or as a whole, due to reasons of the laws of the General Terms and Conditions of Business (ABG) in accordance with §§ 305 to 310 BGB (German Civil Code), the legal regulations apply.

Should an existing or future provision in the agreement become ineffective/invalid or unenforceable, in part or as a whole, for reasons other than the provisions regarding the laws of the General Terms and Conditions of Business (AGB) in accordance with §§ 305 to 310 BGB (German Civil Code), the validity of the other provisions in the agreement are not affected provided that the execution of the agreement – also taking the following regulations into account – does not represent an unreasonable hardship for one of the parties. The same applies should a loophole become evident, which requires a supplement, after conclusion of the agreement.

Contrary to any principles whereby a severability clause solely reverses the burden of proof, the effectiveness of the remaining provisions should be upheld under all circumstances and, thus, § 139 BGB (German Civil Code) can be waived altogether.

The parties must replace the provision which became ineffective/invalid or unenforceable due to reasons of the laws of the General Terms and Conditions of Business (AGB) in accordance with §§ 305 to 310 BGB (German Civil Code) or contained a loophole that needed to be supplemented by an effective provision which reflects the legal and economic content of the unenforceable/invalid provision or the overall purpose of the agreement as closely as possible. § 139 BGB (German Civil Code) (partial nullity) is expressly excluded. If the nullity affects a provision containing a defined extent of a work performance or period of time (deadline or schedule), a legally permissible extent of performance or time which comes closest to the intended purpose should then be deemed agreed.